

# Stadt Bergisch Gladbach

## Der Bürgermeister

Datum

**10.06.2026**

Ausschussbetreuender Fachbereich

**Soziale Stadtentwicklung**

Schriftführung

Claudia Große

Telefon-Nr.

**02202-141570**

## Niederschrift

**Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration**  
**Sitzung am Mittwoch, 22.04.2026**

Sitzungsort

**Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 19:30 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

## Tagesordnung

### **Ö Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse – öffentlicher Teil -**
- 6 Vorstellung der Ausländer- und Einbürgerungsbehörde des Rheinisch-Bergischen**

## **Kreises**

0272/2026

- 7 **Änderung der Zuständigkeitsordnung, hier: § 13 Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration**  
0266/2026
- 8 **Geschäftsaufwendungen Integrationskonzept**  
0275/2026
- 9 **Sachstandsbericht aus dem Bereich der Geflüchteten und Obdachlosen**  
0190/2026
- 10 **Anträge der Ausschussmitglieder**
- 10.1 **Bildung eines Facharbeitskreises zur Klärung von Unstimmigkeiten bei der Aufnahme von Wählerinnen und Wählern in das Wählerverzeichnis der letzten drei Wahlen zum Integrationsrat**  
0174/2026
- 10.2 **Antrag der Liste: Bündnis für Vielfalt und Chancengleichheit: Umgang mit Hassrede, Hetze und diskriminierenden Inhalten auf den Social-Media-Kanälen der Stadt Bergisch Gladbach**  
0318/2026
- 11 **Anfragen der Ausschussmitglieder**
- 11.1 **Schriftliche Anfrage zur Integrationsratswahl zur Sitzung des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration**  
0375/2026
- 11.2 **Anfrage zur Sitzungspraxis und Niederschrift im ACI vom 09.04.2026**  
0376/2026

## Protokollierung

### Ö Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Herr Tollih, eröffnet die 3. Sitzung des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration in der elften Wahlperiode und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Hildner, Herr Sagredos-Tsirifis und Herr Krasniqi sind entschuldigt. Herr Krasniqi wird heute durch Frau Hussein vertreten.

Frau Khachatrian nimmt ab 17:05 Uhr (TOP 2) und Herr Samirae ab 17:15 Uhr (TOP 6) teil.

Herr Tollih verweist auf folgende Tischvorlagen:

Zu TOP 7 eine ergänzende Fassung der Vorlage zur Änderung der Zuständigkeitsordnung, zu TOP 10.2 ein fristgerechter Antrag der Liste „Bündnis für Chancengleichheit und Vielfalt“ sowie zwei Antwortschreiben an Herrn Samirae und an Herrn Farzanehfar, die sich auf deren Anfragen beziehen

Frau Hussein spricht den Verpflichtungstext der Stadt Bergisch Gladbach nach, den Herr Tollih vorliest. Sie ist hierdurch in ihr Amt eingeführt und zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

#### 2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Farzanehfar spricht seine Anfrage, bezugnehmend auf die seiner Meinung nach fehlenden Wiedergaben in den Niederschriften, an. Herr Tollih verweist diesbezüglich auf TOP 11 „Anfragen der Ausschussmitglieder“.

Die Niederschrift der zweiten Sitzung des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration vom 04.03.2026 – öffentlicher Teil – wird mit 2 Gegenstimmen genehmigt.

#### 3. Mitteilungen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende hat keine Mitteilungen.

#### 4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Muth erinnert an den Workshop bzw. die Qualifizierung des ACI am 30.05.2026 von 09:00-14:00 Uhr (mit Mittagessen) im Hermann-Löns Forum und würde sich über weitere Anmeldungen freuen.

#### 5. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse – öffentlicher Teil -

Es liegt kein Bericht über die Durchführung der Beschlüsse vor.

6. **Vorstellung der Ausländer- und Einbürgerungsbehörde des Rheinisch-Bergischen Kreises**

0272/2026

Zur Vorstellung der Ausländer- und Einbürgerungsbehörde begrüßt Herr Tollih Frau Bungert und Herrn Frings. Im Anschluss an ihren Vortrag stehen sie den Mitgliedern des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration zu weiteren Fragen zur Verfügung.

Frau Bungert und Herr Frings begrüßen alle Anwesenden und erläutern anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage) Fakten und Zahlen zur Sachlage der Ausländerbehörde.

Frau Bungert kann auch über die bereits erfolgten und noch ausstehenden Änderungen (Online-Terminvergabe, Online-Anträge, Prüfung eines evtl. Einsatzes einer KI gesteuerten Telefonzentrale mit Kurzinformationen) berichten.

Frau Bungert empfiehlt, bei Fragen an die Ausländerbehörde diese per E-Mail zu stellen. Diese werden zügig beantwortet.

Wegen der Diskrepanz der Zahlen des Wählerverzeichnisses zu den in Bergisch Gladbach lebenden Bürgern mit Migrationsgeschichte bittet Frau Bungert, sich im Rahmen der nächsten Wahl mit ihr in Verbindung zu setzen, um diesem nachzugehen. Das Wählerverzeichnis wird anhand des Ausländerzentralregisters erstellt.

Durch die Änderung des Gesetzes zur Einbürgerung, ohne Aufstockung des Personals, dauert das Verfahren der Einbürgerung in Bergisch Gladbach ca. 2 Jahre.

Ausbildung mit Duldung (§ 104c AufenthG): Herr Sonntag bei der Ausländerbehörde kann hierzu Fragen beantworten und Ausnahmen prüfen.

Ab 01.06.2026 wird es eine Umstellung bei Benötigung eines neuen Aufenthaltstitels geben. Sechs bis acht Wochen vor Ablauf des Titels werden die Personen angeschrieben, erhalten einen Antrag und einen entsprechenden Termin zur Besprechung der Sachlage.

Für die Digitalisierung der Ausländer- und Einbürgerungsbehörde wurden Fördergelder des Landes NRW verwendet.

7. **Änderung der Zuständigkeitsordnung, hier: § 13 Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration**

0266/2026

Herr Tollih verweist auf die Vorlage.

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

**Den Beschlussvorschlag an den Rat der Stadt Bergisch Gladbach, die beigefügte Änderung des § 13 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsbeschlüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister, zu beschließen.**

8. **Geschäftsaufwendungen Integrationskonzept**

0275/2026

Herr Tollih verweist auf die Vorlage.

Sprachförderung:

Die durch den Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration geförderte Sprachförderung an der GGS An der Strunde und die Förderung von MiKibU unterscheiden sich durch ihre verschiedenen Ansätze. MiKibU fördert Grundschüler durch Mentoren, oft im Rentenalter, 1 zu 1. Die Sprachförderung an der GGS An der Strunde erfolgt über das Atelier KLKS in Gruppenarbeit mit dem Einsatz von kreativen Mitteln.

Herr Farzanehfar stellt die Anfrage an Herrn Dekker, ob eine Erweiterung oder eine umfangreichere Darstellung der Produktgruppe aller im städtischen Haushalt eingesetzten Mitteln im Bereich Integration dem Ausschuss vorgelegt werden können. Herr Dekker erklärt, dass dieser Ausschuss der Einzige ist, der über ein eigenes Budget verfügt und das es bei der kritischen Haushaltssituation fraglich ist, ob es auch zukünftig so bleibt. Auf Nachfrage, ob man einen Überblick aller eingesetzter Mittel und Maßnahmen im Bereich Integration als Ausschuss erhalten kann, weist Herr Tollih auf TOP 11, dort kann diese Anfrage behandelt werden.

Es gibt dazu keine weiteren Wortmeldungen.

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration fasst einstimmig, mit 1 Enthaltung, folgenden **Beschluss**:

**Die Haushaltsmittel der Position P05\_520\_2: Integration von Migranten, Sachkonto 5430000: Geschäftsaufwendungen Integrationskonzept, entsprechend der bisherigen Verwendung durch den Integrationsrat einzusetzen.**

## **9. Sachstandsbericht aus dem Bereich der Geflüchteten und Obdachlosen** *0190/2026*

Frau Bilstein begrüßt alle Anwesenden. Zur Beantwortung der Frage aus der letzten Sitzung, ob die Verwaltung schriftlich festhält, wie viele Menschen bei Auszug aus einer Flüchtlingsunterkunft einen privat gemieteten Wohnraum beziehen, kann Frau Bilstein berichten, dass diese Zahlen für die Verwaltung nicht relevant sind und daher nicht festgehalten werden.

Frau Bilstein verweist auf die Vorlage. Sie teilt die veränderten Zahlen mit Stand vom 13.04.2026 mit. Nunmehr liegt die Verteilquote FlüAG bei 91,1 %. Das entspricht demnach einer Untererfüllung von 148 Personen.

Die Verteilquote der Wohnsitzauflage liegt bei 70,81 %, was einer Aufnahmeverpflichtung von 224 Personen entspricht.

Im Bereich der Geflüchteten sind im März drei Zuweisungen erfolgt. Vom 1. April bis zum heutigen Tag gab es 8 Zuweisungen. Das macht eine Gesamtanzahl von 845 Personen und von diesen 845 Personen sind 809 Personen in städtischen Unterkünften untergebracht. 36 Personen wohnen derzeit in privaten Unterkünften, zum Beispiel bei Familienangehörigen.

Mit Stand vom 31.03.2026 sind 53 unbegleitete minderjährige Kinder gemeldet. Die Aufnahmeverpflichtung sind 62, sodass damit eine Untererfüllung von 9 Kindern besteht. Die Quote wird mit 85,8 % erfüllt.

Im Bereich der Obdachlosen sind insgesamt 190 Plätze vorhanden, davon sind 176 in den Unterkünften und 14 Plätze in den Notschlafstellen belegbar. Die aktuelle Bewohnerzahl beträgt 139.

Im Zeitraum Mai 2024 bis März 2026 wurden 148 Personen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit kurzfristig untergebracht. Davon wurden 107 Personen dauerhaft in städtische Unterkünfte aufgenommen.

Herr Klein hinterfragt die Darstellung der Statistik und vermisst Plätze für Obdachlose mit einem Hund. Herr Dekker verweist auf die Satzung, die beinhaltet, dass in Bergisch Gladbach in städtischen Unterkünften keine Tiere erlaubt sind.

Frau Werker erläutert, dass bei der Vorlage festgehalten wird, wie viele Kapazitäten tatsächlich vorhanden sind, um eine Klarheit zu schaffen. Es soll eine Unterscheidung darüber festgehalten werden, wie viele Plätze vorhanden sind und nicht wie viele Personen untergebracht werden können.

Herr Samirae möchte wissen, wie sich die Satzung nennt, die die Unterbringung von Tieren ausschließt. Wer hat die Satzung erstellt? Wann wurde sie erstellt und wann wurde sie das letzte Mal verändert? Wurde aufgrund eines Vorfalles die Satzung so erstellt, oder gab es mehrere Vorfälle? Gibt es nicht die Möglichkeit einer separaten Unterbringung von Obdachlosen mit Hund? Herr Dekker bemerkt, dass dies festgestellt werden kann und sollte ein Antrag auf Änderung der Satzung gestellt werden, würde darüber in den entsprechenden Ausschüssen beraten und entschieden.

Frau Klupp weiß zu berichten, dass Hunde in Notunterkünften ermöglicht werden können, wenn eine ärztliche Bescheinigung bestätigt, dass eine getrennte Unterbringung nicht möglich ist.

Frau Opiela regt an, beim Workshop am 30.05.2026 das Thema „Wohnraumvermittlung“ zu vertiefen.

Weitere Wortmeldung gibt es nicht.

## **10. Anträge der Ausschussmitglieder**

### **10.1. Bildung eines Facharbeitskreises zur Klärung von Unstimmigkeiten bei der Aufnahme von Wählerinnen und Wählern in das Wählerverzeichnis der letzten drei Wahlen zum Integrationsrat**

*0174/2026*

Herr Tollih verweist auf den Antrag.

Frau Bhattacharjee erläutert, dass das „Bündnis Vielfalt und Chancengleichheit“ grundsätzlich die Auffassung teilt, dass sicherlich bei der letzten Wahl nicht alles optimal gelaufen ist. Allerdings werden sie dem Verwaltungsvorschlag folgen, da auch sie der Meinung sind, dass es keinen Sinn macht, auf die Vergangenheit zu schauen, sondern vielmehr gilt es, sich auf Optimierungsmöglichkeiten in der Zukunft zu konzentrieren.

Herr Klein führt aus, dass der Antrag zur Einrichtung eines Arbeitskreises gestellt wurde, in der Annahme, damit eine breite Auffassung des Gremiums zu vertreten.

In der letzten Sitzung der letzten Legislaturperiode des Integrationsrates sei man sich seines Erachtens einig gewesen, dass es bei der Durchführung der Wahlen zu Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit der Aufstellung der Wählerliste durch das Wahlbüro gekommen sei.

Frau Stauer erinnert an die Vorstellung der Vertreter der Ausländerbehörde in dieser Sitzung und deren Bereitschaft vor der nächsten Wahl, sich konkret darüber auszutauschen, was verbessert werden kann.

Herr Samirae möchte anhand von Prüfung einiger exemplarischen Fällen verstehen können, woran es gelegen hat, dass diese Personen nicht im Wählerverzeichnis aufgenommen waren.

Frau Stauer stellt fest, dass die bisherige Wahl bereits als gültig verlaufen geprüft wurde und es daher keinen Sinn macht, diese anzufechten und es wichtiger ist, aus den Fehlern zu lernen und sich auf die nächste Wahl zu konzentrieren.

Frau Stauer stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, die Debatte zu beenden.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration fasst mit 3 Gegenstimmen folgenden **Beschluss:**

**Dem Antrag zur Beendigung der Debatte zum Antrag Bildung eines Facharbeitskreises zur Klärung von Unstimmigkeiten bei der Aufnahme von Wählerinnen und Wählern in das Wählerverzeichnis der letzten drei Wahlen zum Integrationsrat wird zugestimmt.**

Dazu erläutert Herr Tollih, dass er das Thema in der Verantwortung des Landesintegrationsrates sieht und das dieser gemeinsam mit anderen Kommunen die Unstimmigkeiten thematisiert, da die Unstimmigkeiten auch in anderen Städten aufgetreten sind und es ein landesweites Thema ist. Herr Tollih schlägt vor, die Erkenntnisse des Arbeitskreises des Landesintegrationsrates im ACI Bergisch Gladbach zu beraten, sobald diskutabile Ergebnisse vorliegen.

Herr Farzanehfar stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag in die nächste Sitzung zu vertagen.

Herr Klein spricht sich weiterhin dafür aus, bereits jetzt in Bergisch Gladbach einen Arbeitskreis zu bilden, da bei den letzten Wahlen auch versprochen wurde, den Unstimmigkeiten auf den Grund zu gehen und dies nicht weiter erfolgte.

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration fasst einstimmig mit 1 Enthaltung folgenden **Beschluss:**

**Der Antrag auf Vertagung des Antrags Bildung eines Facharbeitskreises zur Klärung von Unstimmigkeiten bei der Aufnahme von Wählerinnen und Wählern in das Wählerverzeichnis der letzten drei Wahlen zum Integrationsrat wird abgelehnt.**

Zum eigentlichen Antrag fasst der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration mit 13 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen folgenden **Beschluss:**

**Der Antrag zur Bildung eines Facharbeitskreises zur Klärung von Unstimmigkeiten bei der Aufnahme von Wählerinnen und Wählern in das Wählerverzeichnis der letzten drei Wahlen zum Integrationsrat wird nicht zugestimmt.**

**10.2. Antrag der Liste: Bündnis für Vielfalt und Chancengleichheit: Umgang mit Hassrede, Hetze und diskriminierenden Inhalten auf den Social-Media-Kanälen der Stadt Bergisch Gladbach**

*0318/2026*

Herr Tollih verweist auf den Antrag.

Dazu gibt es keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration fasst mit 9 Zustimmungen, 8 Enthaltungen und 1 Gegenstimme folgenden **Beschluss:**

**Da von der Stadt Bergisch Gladbach unter Facebook Post keine Kommentare mehr zugelassen werden, bedarf es auch keinem neuen Moderationskonzepts. Der Antrag wird abgelehnt.**

## **11. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Herr Samirae regt an, die Tischvorlagen nicht mehr in Papierform in der Sitzung zu verteilen, sondern sie digital aufzunehmen. Alle Mitglieder haben Zugriff darauf und können sich vor der Sitzung vorbereiten. Die Verwaltung nimmt dies auf.

Frau Opiela spricht die Sprachförderung an Grundschulen an und schlägt vor, sich auch mit diesem Thema im Workshop am 30.05.2026 auseinanderzusetzen.

Frau Stauer macht den Vorschlag, eine Flüchtlingsunterkunft zu besuchen und evtl. auch vor Ort eine Sitzung abzuhalten, um die Betroffenen mehr einzubeziehen.

Herr Samirae fragt nach einer Antidiskriminierungsstelle in Bergisch Gladbach. Herr Tollih weiß zu berichten, dass 1 x in der Woche die Antidiskriminierungsstelle Leverkusen/Rhein-Berg in der Zweigstelle Heidkamp bei der Caritas vertreten sind. Bei Interesse könnten diese zu einer Vorstellung in einer der nächsten Sitzungen eingeladen werden. Frau Klupp berichtet, dass Frau Klaffen, Gleichstellungsbeauftragte der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach, für das AGG zuständig sei.

Herr Demiracan verlässt um 19:11 Uhr den Raum.  
Frau Baghazadeh verlässt um 19:13 Uhr den Raum.

Herr Farzanehfar schlägt die Flüchtlingsunterkunft Bensberger Straße für die Abhaltung einer Sitzung vor. Frau Werker äußert, dass dieser Vorschlag von der Verwaltung nicht befürwortet wird, da dies doch sehr in die Privatsphäre der dort Lebenden eingreift und in der Regel die für eine Sitzung geeigneten Räume dort nicht vorhanden sind.

Herr Berger berichtet, dass sich der Seniorenbeirat über die Parkscheinautomaten beraten hat und schlägt vor, die Bedienungserklärung in Deutsch und Englisch um Türkisch und Französisch, wie in Köln, zu erweitern.

Rückkehr von Frau Baghazadeh um 19:16 Uhr.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

### **11.1. Schriftliche Anfrage zur Integrationsratswahl zur Sitzung des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration** 0375/2026

Siehe Beantwortung der Anfrage in der Anlage.

### **11.2. Anfrage zur Sitzungspraxis und Niederschrift im ACI vom 09.04.2026** 0376/2026

Herr Farzanehfar gibt an, dass die bereits schriftlich erteilte Antwort durch Herrn Dekker auf seine gestellten Fragen aus der letzten Sitzung nicht beantwortet wurden, deshalb habe er eine weitere Anfrage gestellt. Herr Farzanehfar erläutert, es handele sich um ein Monitoring (Zuzug, Weggang Migranten, Altersstrukturen, Arbeitsmarkt Integration, Erwerbslosenquote, SGB II-Bezug, Schule und Beruf usw.). Herr Muth erklärt, dass die von Herrn Farzanehfar angesprochene weitere Anfrage lediglich als E-Mail an die Ausschussmitglieder versandt wurde und somit kein Bestandteil der Sitzung ist. Das Schreiben von Herrn Dekker beantwortet davon unabhängig die gestellten Fragen. Herr Muth weist darauf hin, dass Anfragen oder Anträge entsprechend der Geschäftsordnung einzubringen sind. Herr Tollih bittet Herrn Farzanehfar, die Unterlagen der Verwaltung schriftlich einzureichen, dann kann sein Anliegen als Anfrage durch die Verwaltung beantwortet werden.

Herr Tollih schließt um 19:16 Uhr den öffentlichen Teil.

---

Redouan Tollih, Vorsitzender

---

Claudia Große, Schriftführerin